

Stellungnahme zu den Fragen im Rahmen des Bundesbank-Dialogs am 13. November 2020

1. Was bedeutet die Preisstabilität für Ihre Organisation und deren Mitglieder?

Der beste Beitrag, den Notenbanken zur Verbesserung des Wohlstands aller leisten können, ist die Gewährleistung von Preisstabilität. Sie haben wahrscheinlich von unseren jüngsten Maßnahmen gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Virus-Pandemie gehört. Das übergeordnete Ziel ist dabei, Preisstabilität zu gewährleisten. Diese ist gegeben, wenn die Inflationsrate positiv, niedrig und stabil ist. Zurzeit strebt die EZB eine Inflationsrate von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht an.

Wie wirken sich Veränderungen des allgemeinen Preisniveaus auf Ihre Organisation und deren Mitglieder aus?

Eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Aufgaben besteht darin, mit den Tarifabschlüssen eine angemessene Teilhabe der Beschäftigten am Wohlstandsfortschritt zu gewährleisten. Dabei geht es um die *Sicherung des realen Wohlstandsfortschritts*. Die Inflationsrate hat unmittelbare Auswirkung auf die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten. Der Anstieg der Verbraucherpreise beeinträchtigt deren Kaufkraft und Wohlstandsniveau. Insofern beobachten wir kontinuierlich die Geldentwertung und berücksichtigen diese auch bei den Überlegungen zur Entgeltforderung in den Tarifrunden zusätzlich zur gegebenen Zielinflationsrate der EZB.

Was bereitet Ihrer Organisation und deren Mitgliedern mehr Sorgen: eine Deflation oder eine zu hohe Inflation?

Die Geldentwertung bzw. eine *hohe Inflationsrate* ist dann für unsere Mitglieder problematisch, wenn sie in der Nominallohnentwicklung nicht eingepreist wird / werden konnte und deshalb die Realeinkommen mindert sowie eine reale Umverteilung des Anteils der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen zu Gunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen zur Folge hat. Insofern bereitet vor allem eine schwankende, kaum prognostizierbare (hohe) Inflationsrate, Sorgen.

Eine deflationäre Entwicklung (sinkendes Preisniveau) begünstigt (auf den ersten Blick) die Realeinkommen, da sie die Kaufkraft stärkt. *Problematisch ist eine Deflation allerdings dann*, wenn sie zum Beispiel nicht Ergebnis außergewöhnlicher Energiepreissenkungen oder diskretionärer politischer Entscheidungen wie etwa die Senkung der Mehrwertsteuer, sondern Ergebnis und Ausdruck einer allgemeinen konjunkturellen Schwäche ist. Denn dann geht die Deflation einher mit einem Beschäftigungsabbau und steigender Arbeitslosigkeit und bedroht die Lebensgrundlage der abhängig Beschäftigten. Hier gilt es neben den arbeitsmarkt- und fiskalpolitischen Maßnahmen massiv auch das geldpolitischen Instrumentarium zu nutzen, um ein Abrutschen in eine Deflationsspirale zu vermeiden.

Insofern sind aus unserer Perspektive *sowohl* stark schwankende hohe Inflationsraten *als auch* deflationäre Entwicklungen problematisch.

Bei welchen Waren und Dienstleistungen sind Preisänderungen Ihrer Ansicht nach am stärksten spürbar?

Dazu gehören vor allem die Energiepreise wie Benzin und Heizöl sowie die Preise für Nahrungsmittel. Grundsätzlich spielen aber auch aufgrund des hohen Anteils an den monatlichen Ausgaben die Preise für Wohnen eine wichtige Rolle. Insbesondere auch deshalb, weil deren Entwicklung verteilungsrelevant ist, da der Budgetanteil bei niedrigeren Einkommen höher ist als bei hohen Einkommen.

Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex werden derzeit die Mieten erfasst, nicht aber die Kosten für das selbstgenutzte Wohneigentum. Für wie relevant halten Sie es, dies zu ändern?

Das Statistische Bundesamt berücksichtigt bei der Berechnung des HVPI das vom Eigentümer selbst genutzte Wohneigentum bisher nicht. Im Verbraucherpreisindex (VPI) werden die Ausgaben der privaten Haushalte für selbstgenutztes Wohneigentum unter Verwendung der Entwicklung des Preisindex für Nettokaltmieten geschätzt (Mietäquivalenzansatz). Problematisch ist dieser Ansatz insbesondere dann, wenn die Entwicklung des Preisindex für die Nettokaltmieten nicht die Entwicklung der Kosten für selbst genutzten Wohnraum abbildet. Nach Berechnungen des idw haben sich in den letzten Jahren die Immobilienpreise sehr viel dynamischer entwickelt als die Mietpreise. Insofern spricht einiges dafür, die Berechnungsgrundlage für die Verbraucherpreise zu reformieren.

Allerdings: Durch den Erwerb von Wohnraum kommt der Käufer/die Käuferin auch in den Genuss der Vermögenssteigerung. Insofern ist das Gut ‚Wohnraum‘ nicht mit den anderen ‚Verbrauchsgütern‘ vergleichbar. Außerdem wird die Inflationsrate monatlich gemessen, die Immobilienpreise aber nur quartalsweise (iwd, Brauchen wir eine Neuberechnung der Inflation? Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, 31.03.2020).

Aufgrund dieser Problematik sollte eher der selbst genutzte Wohnraum ebenfalls mit Hilfe des Mietäquivalenzansatzes berücksichtigt werden. Die Unterschiede bei den Verbraucherpreisen mit / ohne Wohneigentum sind nach den Berechnungen des idw allerdings gering.

2. Welche Erwartungen und Sorgen haben Ihre Organisation und deren Mitglieder in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung?

Mit der Geldpolitik will das Eurosystem dafür sorgen, dass der Euro im Zeitverlauf seinen Wert behält. Damit wir die Geldpolitik so wirkungsvoll wie möglich gestalten, interessieren uns Ihre Erwartungen und Sorgen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Welche wirtschaftlichen Faktoren bereiten Ihrer Organisation und deren Mitgliedern zurzeit Sorgen? Wie sind Sie von der Covid19-Pandemie betroffen?

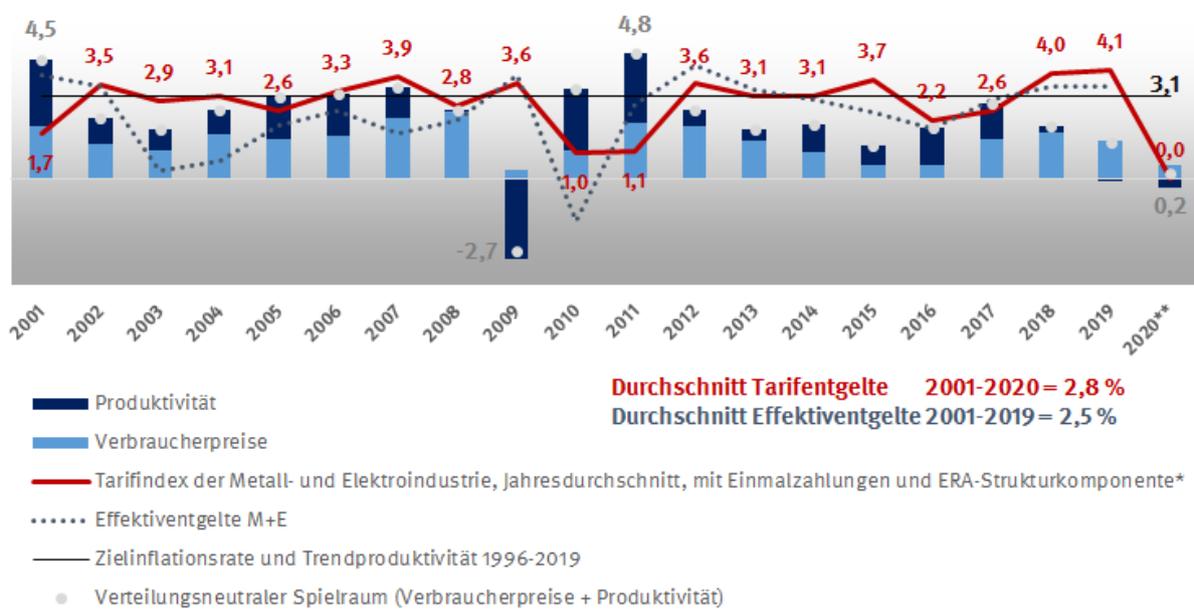
- Die Industrie muss in diesem Jahr mit einem deutlichen Rückgang der Produktion und der Umsätze rechnen, die Kurzarbeit wurde im Verarbeitenden Gewerbe hochgefahren, das hat zwar viele Arbeitsplätze gesichert, die Beschäftigten haben aber deutliche Einkommensverluste hinnehmen müssen und dennoch wurde Beschäftigung abgebaut.
- Außerdem muss aufgrund des erneuten Ansteigens der Infektionsfälle und der Maßnahmen zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung des Virus mit einem möglichen Double-Dip, (erneutes) Abreißen der Lieferketten vor allem zwischen den europäischen Nachbarländern und den Industriestandorten in Deutschland gerechnet werden.
- Darüber hinaus belastet der beschleunigte Strukturwandel im Zuge der digitalen und ökologischen Transformation; digitale Prozesse werden als Reflex auf den Shutdown forciert, die ökologische Transformation wird im Zuge der Krisenprogramme auf nationaler und europäischer Ebene getrieben (European Recovery Instrument / Next-Generation EU).
- Herausforderungen stellen auch die veränderten Arbeitsabläufe und –organisationen durch vermehrtes mobiles Arbeiten und Homeoffice und die damit verbundenen Bedarfe an Qualifizierung sowie die Gestaltung der Arbeitsplätze, aber auch für die Erreichbarkeit der Mitglieder dar.
- Probleme bereiten außerdem die Auswirkungen der Pandemie auf Tendenzen der Re-Nationalisierung von Wertschöpfungsketten, die den Trend der De-Globalisierung aufgrund der in den letzten Jahren zunehmenden Handelskonflikte noch verstärken könnten. Die Frage ist, wo die neuen Standorte entstehen? Die Vermutung ist, dass es eher zum Beschäftigungsaufbau in Ost-Europa kommen wird. Teilweise gehen bereits jetzt die angekündigten Arbeitsplatzreduktionen mit Verlagerungen bzw. Beschäftigungsaufbau an anderen europäischen Standorten einher.

Wie haben sich die Veränderungen der wirtschaftlichen Bedingungen in den letzten zehn Jahren auf das Leben Ihrer Mitglieder ausgewirkt? Welche Auswirkungen hatten oder haben sie zum Beispiel auf ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt?

Aufgrund des lang anhaltenden nahezu 10-jährigen Wirtschaftsaufschwungs (mit einer leichten Delle in 2012/13) sind die **Beschäftigungschancen** in den Branchen des Organisationsbereichs der IG Metall deutlich gestiegen. Erst Anfang 2019 setzte die Trendwende ein aufgrund der zunehmenden Handelskonflikte und der konjunkturellen Schwächephase. In der Metall- und Elektroindustrie wurde das Rekordbeschäftigungsniveau mit 4,08 Millionen Beschäftigten im September 2019 erreicht. Seit diesem Zeitpunkt gingen aber rund 140 Tsd. Arbeitsplätze verloren.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung ließ auch relativ **gute Abschlüsse in den Tarifverhandlungen** zu. Der Tarifindex für die Metall- und Elektroindustrie stieg im **Zeitraum 2010 bis 2019** um jährlich durchschnittlich 2,9 und übertraf damit den verteilungsneutralen Spielraum, der im selben Zeitraum durchschnittlich 2,2 Prozent jährlich betrug (gemessen an der tatsächlichen Veränderung der Verbraucherpreise plus der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Trendproduktivität). Damit trug die Tarifentwicklung in der M+E-Industrie auch zur Stabilisierung des Preisniveaus, das in diesem Zeitraum um jährlich nur 1,3 Prozent stieg, und der Gesamtwirtschaft bei. Die Zielinflationsrate plus Trendproduktivität lag in diesem Zeitraum bei jährlich etwa 2,8 bis 3,1 Prozent, je nachdem wie hoch man die Zielinflationsrate ansetzt (1,7 bis 2,0 Prozent).

M+E-Tarifentwicklung, Produktivität und Verbraucherpreisentwicklung jährliche Änderung, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Destatis, * IGM, FB Tarifpolitik, ** Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2020, eigene Berechnungen
 Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Wie wirkt sich die Geldpolitik des Eurosystems auf Ihre Organisation und deren Mitglieder sowie auf die Wirtschaft insgesamt aus?

Misst man die Geldpolitik des Eurosystems an der Entwicklung des Preisniveaus in den letzten Jahren, so hat sich dies sehr günstig auf die Lebens- und Arbeitssituation unserer Mitglieder und die Wirtschaft insgesamt ausgewirkt. Die schwache Inflationsrate hat die Realeinkommensentwicklung und somit auch den Konsum gestärkt. Das niedrige Zinsniveau begünstigte sowohl staatliche als auch private Investitionen und die Finanzierung des Erwerbs langlebiger Konsumgüter und von Wohneigentum.

Das niedrige Zinsniveau trifft allerdings überproportional Kleinsparer, die kaum andere Anlagemöglichkeiten haben und nutzen können oder wollen. Teilweise wurde diese Kritik von Mitgliedern unserer Organisation geäußert. Dennoch dürfte der positive Effekt auf Realeinkommen, Beschäftigung und Wohlstand insgesamt auf Zustimmung stoßen und vermutlich stärker gewichtet werden als die Kritik an den niedrigen Einlagenzinssätzen. Für die

Gesamtheit aller Mitglieder der IG Metall ist diese Frage jedoch kaum eindeutig zu beantworten.

3. Welche anderen Themen sind Ihrer Organisation und deren Mitgliedern wichtig?

Das vorrangige Ziel, das heißt die Hauptaufgabe des Eurosystems ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet. Ist die Stabilität der Preise sichergestellt, besteht die Aufgabe der EZB und der 19 nationalen Notenbanken darin, die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu unterstützen. Das bedeutet unter anderem, auf die nachhaltige Entwicklung Europas hinzuwirken. Diese soll auf einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum basieren und auf einer sozialen Marktwirtschaft, die in hohem Maße wettbewerbsfähig ist und auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. Außerdem wird diskutiert, inwieweit der Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität einen höheren Stellenwert erhalten können. Gleichzeitig ist nach wie vor ein hinreichender Abstand zur Fiskalpolitik zu wahren.

Sollte das Eurosystem, also die EZB und die nationalen Notenbanken, nach Ihrer Meinung und der Ihrer Mitglieder mehr oder weniger Gewicht auf diese anderen Gesichtspunkte legen und warum?

Die EZB sollte im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten ihren Schwerpunkt in der *Preisniveaustabilität* sowie einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum mit entsprechend positiver Auswirkung auf die *Beschäftigung* sehen. Sie unterstützt indem sie dies tut die makroökonomische Stabilität und die allgemeine Wirtschaftspolitik der Europäischen Union. Sie hat diese Linie insbesondere hinsichtlich der Preisniveaustabilität in den letzten Jahren erfolgreich verfolgt. Auch wenn seit einiger Zeit die Zielinflationsrate nicht erreicht werden konnte, ist zumindest ein Abrutschen in die Deflation verhindert worden. **Wichtig ist aus gewerkschaftlicher Sicht die Beachtung des Ziels eines hohen Beschäftigungsgrads.**

In den letzten Jahren konnte das Ziel der Preisniveaustabilität im Gleichklang mit einem Anstieg des Beschäftigungsniveaus geldpolitisch begleitet werden. Sollte jedoch die EZB in den nächsten Jahren ein Überschreiten der Zielinflationsrate feststellen und restriktive geldpolitische Maßnahmen einsetzen, gerät die Beschäftigungsentwicklung unter Druck. In der Vergangenheit waren es oft die Notenbanken, die durch einen solchen Kurswechsel den Konjunkturabschwung ausgelöst haben. Insofern wäre es wünschenswert, wenn es bei einem Überschreiten des Inflationsziels nicht zu einem abrupten Kurswechsel käme. Eine entsprechende *Neuorientierung der Geldpolitik* hat die *Fed* vor einiger Zeit angedeutet. Sie verfolgt nunmehr ein mittelfristiges Inflationsziel („Average Inflation Targeting“). **So soll nach einer Phase niedriger Inflationsraten für einige Zeit ein Überschreiten des Inflationsziels toleriert werden.**

Gibt es außer den genannten noch weitere Aspekte, die das Eurosystem nach Ihrer Ansicht und der Ihrer Mitglieder bei seinen geldpolitischen Entscheidungen berücksichtigen sollte?

Bei der Wahrung des Ziels der *Wettbewerbsfähigkeit*, zu welchem sich die EZB verpflichtet sieht, spielt auch der *Außenwert des Euros* eine Rolle. Aus Sicht der exportabhängigen Branchen ist die Beachtung der Wechselkursstabilität im Rahmen der Geldpolitik durchaus von Interesse. Aufgrund der Niedrigzinspolitik der vergangenen Jahre konnte insbesondere in

Relation zum US-Dollar gleichzeitig auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte gewahrt werden. Erst durch das Umschwenken der US-Notenbank auf eine expansive Geldpolitik stieg der Außenwert des Euros in jüngster Zeit wieder an. Aus Sicht einer Industriegewerkschaft, die überwiegend Beschäftigte exportabhängiger Branchen vertritt, wäre es wünschenswert, insbesondere in möglichen zukünftigen Phasen höherer Inflationsraten, in welchen eventuell ein Umschwenken auf eine restriktivere Politik mit einem steigenden Zinsniveau ansteht, wenn die EZB deren Auswirkung auf die Wechselkurse und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit und letztlich wiederum auf das Beschäftigungsniveau beachtet. Auch dies spricht für ein ‚Average Inflation Targeting‘ als sinnvolle Orientierung.

Dem Klimawandel zu begegnen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Welche Rolle sollte aus Ihrer Sicht die Notenbank wahrnehmen und welche Aufgaben sind bei anderen Akteuren besser aufgehoben, beispielsweise bei den Regierungen?

Die IG Metall steht hinter dem Pariser Klimaabkommen und unterstützt das Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2050, um die Erderwärmung auf deutlich unter 2° zu begrenzen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, braucht es einen klaren Rechtsrahmen und eine Unterstützung der Länder und der Unternehmen. Die Reduktion der CO₂-Emissionen bei der Energieerzeugung, in der Industrieproduktion, im Verkehr sowie im Gebäude- und im Agrarsektor ist nur mit erheblichen Investitionen zu erreichen. Dazu bedarf es umfassender Finanzierungsmöglichkeiten und öffentlicher Förderung. Um die Kapitalflüsse hin zu nachhaltigen Investitionen und nachhaltigem Wachstum zu lenken, hat die EU Kommission im Jahr 2018 einen Aktionsplan für deren Finanzierung veröffentlicht. Im Dezember 2019 einigten sich das EU Parlament und der Rat auf die Festlegung einer Klassifikation nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten (Taxonomie). Am 18. Juni 2020 erließen das EU Parlament und der Rat schließlich die Verordnung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen, in welchem insbesondere die Kriterien festgelegt werden, ob eine Wirtschaftstätigkeit als ökologisch nachhaltig einzustufen ist, um damit den Grad der ökologischen Nachhaltigkeit einer Investition ermitteln zu können.

Das Förder-Instrumentarium der EU wird im Rahmen des Green Deal eindeutig auf den ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft zur Realisierung der Klimaziele ausgerichtet. Da die ***EZB dazu angehalten ist, die Ziele der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU und damit auch die Unterstützung der Nachhaltigkeit zu unterstützen, sollte sie auch im Rahmen ihrer Anleiheankaufprogramme auf die EU Taxonomie Rücksicht nehmen.*** Andernfalls würde sie die Ziele der EU-Wirtschaftspolitik unterlaufen. Mit dem Anleihekauf beeinflusst die EZB die Umlaufrenditen der Wertpapiere. Der Kurswert steigt und die Renditen sinken, was die Finanzierungskosten der emittierenden Unternehmen mindert. Das ist im Sinne des EU Parlaments und des Rats, weil auf diese Weise eben jene Unternehmen in den Genuss günstiger Finanzierungsmöglichkeiten kommen können, die ökologisch nachhaltige Produkte herstellen und auch so produzieren. ***Allerdings sollten*** auch solche Unternehmen nicht benachteiligt werden, die noch enorme Investitionsanstrengungen unternehmen müssen, um die Zwischenziele 2030 im Hinblick auf die CO₂-Reduktion zu erreichen, wie etwa die Stahlindustrie. Das ist im Rahmen der Taxonomie zu berücksichtigen.

Eine spezielle Positionierung der IG Metall zur Ausrichtung der EZB-Geldpolitik auf die EU-Klimaziele gibt es nicht. Jedoch lässt sich dies aus der grundsätzlich unterstützenden Haltung zum Pariser Klimaschutzabkommen ableiten. Aufgrund der lange Zeit sehr unklaren politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, was für Investitionsentscheidungen höchst problematisch ist, ist eine klare Orientierung und Ausrichtung auf das, was als ökologisch nachhaltig und förderwürdig im Rahmen der EU-Taxonomie gilt durchaus zu begrüßen.

4. Wie können wir am besten mit Ihrer Organisation und deren Mitgliedern kommunizieren?

Uns ist bewusst, dass es für Entscheidungen rund um das Ausgeben, Sparen oder Anlegen von Geld oder für die Kreditaufnahme hilfreich ist, zu wissen, wie die Geldpolitik funktioniert. Wir möchten gerne wissen, wie gut es uns bislang gelungen ist, unsere Maßnahmen und deren Hintergründe zu erklären.

Inwieweit fühlen sich Ihre Organisation und deren Mitglieder gut über die EZB und ihre nationale Notenbank informiert, z. B. was die aktuellen Maßnahmen aufgrund der Covid-19-Pandemie betrifft?

Über die Gefühlslage der Organisation und deren Mitglieder kann nur spekuliert werden. Die Befassung mit der Geldpolitik gehört nicht zu den zentralen Themen der Mitglieder, allenfalls die Inflationsrate, die gewiss einen hohen Stellenwert bei der Einschätzung der Einkommensentwicklung und der Tarifforderungen hat.

Die Makroökonominnen im Vorstand der IG Metall informieren regelmäßig auch über die geldpolitischen Maßnahmen der EZB und geben dazu Orientierung und Einschätzung. Die von der Deutschen Bundesbank und der EZB zur Verfügung gestellten Materialien (Monatsberichte, Wirtschaftsbericht, etc. ...) sind dabei hilfreich. Darüber hinaus pflegen wir den Kontakt zur Bundesbank und haben in jüngster Vergangenheit auch schon zu unseren Experten- und Konjunkturgesprächen Vertreter der Bundesbank eingeladen. In diesen Gesprächen geht es auch um die Geldpolitik und deren Rolle im europäischen Kontext. So planen wir auch jetzt wieder unser Konjunkturgespräch im Dezember mit einer Beteiligung der Deutschen Bundesbank. Insofern gehen wir davon aus, dass zumindest die regelmäßig eingeladenen haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre gut über die Geldpolitik informiert sind und insgesamt unsere überwiegend positive Einschätzung teilen.

Wie könnten die EZB und die Bundesbank die Vorteile von Preisstabilität und die mit einer zu hohen oder zu niedrigen Inflation verbundenen Risiken besser erklären?

Vielleicht mit Informationsbroschüren oder "Faktenblättern" auf der Homepage der Bundesbank, in welchen sehr knapp und in verständlicher Sprache die Zusammenhänge erläutert werden.

Was können die EZB und die Bundesbank tun, damit Ihre Organisation und deren Mitglieder unsere Entscheidungen und deren Folgen besser verstehen?

Wir setzen unsere regelmäßigen Treffen fort und laden dazu haupt- und ehrenamtliche Funktionäre ein. Auf der Mitgliederebene ist das nur schwer vorstellbar, wäre aber vielleicht einen Versuch wert. Wir sind offen für neue Formate für den Erfahrungs- und Meinungsaustausch.

Dr. Beate Scheidt / Wilfried Kurtzke